Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärtige: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Nachhalt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer compaktigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Zeile 20 Pfge.

Medaillen

zur Erinnerung an die Fahnenweihe des **Deutschen Kriegervereins** empfiehlt sehr schön à Stück 30 Pf.

Carl Horn, Frauenstrasse 12.

Colporteure erhalten Rabatt.

Frankreich. In der Kammer erklärte Freycinet, daß die Hartmannaffaire keineswegs die ausgezeichneten Beziehungen Rußlands und Frankreichs alterirt hätte. Der Ministerrath dürfte die von ihm festgestellten Grundlagen über den Amnestieentwurf voraussichtlich morgen einbringen

England. Unterhaus. Gladstone erklärte: Die Regierung gab nie eine Erklärung betreffs der Erzwingung oder Durchführung irgend einer Bestimmung des Berliner Vertrages ab. Ihre Absicht sei völlig unparteiisch gegenüber Rußland und der Türkei; auch habe sie bis jetzt Nichts von einer Vertragsverletzung gehört und halte fest an der Ausführung des Berliner Vertrages. Die Schleifung der Festung Batum sei eine kostspielige und Zeit bedürfende Sache, aber betreffende Bestimmungen sollten getreulich und völlig ausgeführt werden, falls Bulgarien und Ostrumelien der ungehörigen Behandlung rückkehrender Flüchtlinge entgegentrete, die England zu schädigen habe.

Spanien. Ein Rundschreiben des Justizministers benachrichtigt die Präfekten, daß die Regierung keiner aus Frankreich ausgewiesenen Religionsgesellschaft gestatten werde, sich an der Grenze oder anderwärts auf der Halbinsel niederzulassen.

— **Schwurgericht.** Prozeß Mazur. Abends 9 Uhr verurtheilte der Schwurgerichtshof den Angeklagten zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, wovon 4 Monate als verbüßt zu betrachten sind und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Nacht-Telegramme.

Belgien. Die „Independance" will wissen: Infolge des Resultates der jüngsten Wahlen werde sich das belgische Episcopat dem neuen Schulgesetz unterwerfen und sich an dem im August stattfindenden Nationalfeste betheiligen. Der Vatikan macht in diesem Sinne seinen Einfluß geltend, um zugleich der Aufhebung der belgischen Gesandtschaft am Papststuhle vorzubeugen.

Nr. 171. Witterung vom 18. Juni: Barometer 702 Mill., seit gestern 3 Millim. gefallen. Thermometerstand 10 ° W., höchste 25 ° W. Nordwestwind. Wolkenlos. Aussichten für den 19. Juni: Zeitweise ziemlich heiter, warm, Neigung zu Gewittern. **Sonnabend, 19. Juni.**

Politisches.

Die nach Berlin geschickten Wiener Journalisten bekreuzigen sich, wie sang- und klanglos die Griechenkonferenz eröffnet worden ist. Was hätte das, meinen sie, in Wien für eine Hetz' gegeben! Nun, der Welt ist gewiß mehr als mit Schaugepränge damit gedient, daß die Konferenz ein dem europäischen Frieden dienendes Werk schafft. In der Theorie wird sich das unschwer machen lassen, Dank der ausgezeichneten österreichischen Generalstabskarten und der Uebereinstimmung der Großmächte; anders schaut es aber mit der praktischen Durchführung der Konferenzbeschlüsse aus. Europa, mit der selbstverständlichen Ausnahme der Türkei, begegnet sich in der Grundanschauung, den vor 50 Jahren bei der Schaffung des griechischen Königreiches begangenen Fehler zu verbessern. Die Diplomatenweisheit construirte damals ein Königreich, das zu klein und schwach war, der intelligenten und rührigen Rasse der Hellenen im Oriente die ihr zukommende Stellung zu verschaffen. Sie beließ zu viel Terrain unter der Oberherrschaft des Türken. Der griechische Volksgeist konnte seine Mission, die unter der Türkenherrschaft Jahrhunderte lang verschüttet gewesene Kultur zu neuer Bethätigung zu erwecken, nur in bescheidenen Grenzen erfüllen. Europa hat erkannt, daß keine andere Lösung der orientalischen Frage möglich ist, als wenn die Griechen einen wesentlichen Theil des türkischen Erbes erhalten. Nur in einem großen Griechenkönigreiche schafft man ein Gegengewicht gegen das Ueberwiegen des slavischen Elementes, verhindert man Rußland, sich Konstantinopels und damit der Weltherrschaft zu bemächtigen. Zunächst gilt es, die Grenze Griechenlands, die augenblicklich ziemlich mit dem 39. Breitengrade zusammenfällt, bis zum 40. nordwärts hinaufzuschieben. Zieht man noch den Olymp hinein, so hört endlich das schmachvolle Räuberunwesen auf, dem der gedachte Göttersitz als Ausgangs- und Stützpunkt, wie als Zufluchtsort dient. Für solche Gründe sind freilich die Türken blind und taub; man kann es ihnen auch streng genommen nicht verargen, wenn sie keine Neigung verspüren, abermals eine Provinz herauszugeben. Auf die Pforte kommt es eben einzig und allein an, wie der Berliner Griechenkongreß verläuft. Man kann sich die Mühe sparen, die Einwendungen der Pforte genauer zu prüfen; so vielseitig und geschickt sie sind — sie laufen stets auf ein Nein! hinaus. Die Konferenz wird sich daran nicht kehren und Europa wird wohl in den nächsten Wochen erleben, ob die Griechen den Heldenmuth besitzen, die Vereinigung mit ihren Brüdern unter der Türkenherrschaft, dem Sultan zum Trotz und ohne Furcht vor den langen Flinten der Albanesen, zu vollziehen. Mehr als moralische und diplomatische Unterstützung wird man den Griechen bei diesem Streben nicht leisten. Neuerdings taucht der Vorschlag Frankreichs auf, zur Vermeidung kriegerischer Verwickelungen Griechenland anstatt Gebietstheilen von Thessalien und Epirus, die Insel Kreta als Compensation anzubieten.

Der böhmische Landtag wird mit dem Verlangen der Regierung, das Wahlgesetz so zu ändern, daß die Czechen die Mehrheit erlangen, nicht viel Federlesen machen. Der Ausschuß hat mit großer Mehrheit beschlossen, auf den Vorschlag überhaupt nicht einzugehen. Die Landtage der Alpenländer richten ihren Hauptangriff gegen das Schulgesetz, das den Ultramontanen ein Dorn im Auge ist. In Graz, Linz und Innsbruck beantragen sie daher Herabsetzung der Schulzeit von 8 auf 7, ja sogar 6 Jahre, ebenso das Ertheilen des Turnunterrichtes.

Am 29. Juni läuft die in den französischen Märzdekreten festgesetzte dreimonatliche Frist ab, innerhalb deren es den vom Staate nicht autorisirten Orden, den sogenannten Kongregationen, mit Ausnahme der Jesuiten, freisteht, die erforderliche Genehmigung nachzusuchen. Inzwischen hat das Ministerium an die Präfekten Instruktionen erlassen, welche unmittelbar nach Ablauf der erwähnten Frist maßgebend sein sollen. Am 30. d. Mts. sollen die Ordenshäuser ohne Weiteres geschlossen werden, ohne daß auf eine Einrede der Betroffenen irgend welche Rücksicht genommen wird. Auch müssen die Etablissements unverzüglich geräumt werden, während den geistlichen Genossenschaften nur gestattet wird, höchstens 2 Personen in den zu schließenden Häusern zurückzulassen. Gegen den Einwand, daß die Mönche deshalb nicht vertrieben werden dürfen, weil sie französische Bürger seien, schreibt die „Rep. Fr.":

„Nein und abermals nein! Sie wissen es wohl, daß sie es nicht sind! Denn keiner hat das schöne Wort vergessen, das der Cardinal Antonelli im Namen Pius' IX. aussprach: Personen, welcher Nation sie auch angehören, hören auf, sobald sie in eine Religionsgesellschaft eintreten, einer Nationalität anzugehören und werden Unterthanen des heiligen Stuhles, indem sie einzig von ihm abhängig sind."

Dieser Ansicht sind freilich auch die Clerikalen; zu Zeiten aber berufen sie sich gern auf ihr Bürgerrecht, nämlich gerade dann, wenn sie den Landesgesetzen ein Schnippchen schlagen wollen. Der 29. Juni wird ihnen beweisen, daß man allen Landesgesetzen sich unterwerfen muß, wenn man Bürger sein will. Es entsteht nun die Frage, wie sich die Congregationen selbst gegenüber diesen Maßnahmen verhalten werden. Das Rechtsgutachten des clerikalen Advokaten und Akademikers Rousse weist bereits darauf hin, daß man sich keineswegs bei diesen administrativen Maßregeln beruhigen wolle, vielmehr den Schutz der ordentlichen Gerichte anrufen werde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in denjenigen Departements, wo die Ordensniederlassungen am zahlreichsten sind, dieselben auch eine willige Rechtsprechung finden werden, welche ihren Ansprüchen gerecht wird. Im Hinblick auf diese Eventualität wurde auch seiner Zeit die Vorlage über die Reform des Richterpersonals eingebracht. Die republikanische Presse dringt alltäglich immer entschiedener darauf, daß der „Reinigungsprozeß" innerhalb des Richterpersonals endlich zur Wahrheit werde. Dem wird sich der Senat widersetzen, der nicht minder die jetzt vom Ministerrathe beschlossene Ertheilung einer Amnestie an die noch unbegnadigten Communarden schwerlich gutheißen wird. Doch deutet Manches darauf hin, daß die französische Republik sich die Kraft zutraut, ihren stolzen Gang unbeirrt durch die Feindschaft von links und rechts fortzusetzen. Die Republik hat keine Furcht vor den Schwarzen und den Rothen. Zwar schreien die zweihunderttausend Plebejer zu Lyon, die hunderttausend zu Bordeaux, die halbe Million zu Paris mit Entrüstung gegen die republikanischen Aristokraten vom Schlage Gambetta's: Was habt Ihr seit zehn Jahren aus uns gemacht? Wohnen wir nicht immer noch in denselben Mansarden? Drehen wir nicht in Schmerz und Leid dasselbe Rad, während nur Wasser auf Eurer Mühle ist? Das Kaiserreich hat uns begünstigt, so oft es uns gefürchtet hat. Ihr habt nicht einmal Furcht vor uns. Der Finanzminister will den armen Consumenten die Gnade erzeigen, den Einfuhrzoll des Weines in Paris, welcher Zoll seit Jahren wahrhaft unerträglich ist, um eine unbedeutende Kleinigkeit zu ermäßigen; die Pariser Municipalität antwortet hierauf, daß sie dies annimmt, doch gegen die Bedingung, den Ausfall für die Stadt durch eine neue Vermögenssteuer zu decken; sie möchte — wenn sie könnte — alle die weichlichen Wohnungen, alle die lucullischen Feste, alle die flitterblendenden Galerien der neuen Parvenus besteuern. Aber die Staatsmänner an der Spitze der Republik fürchten diese grollende Unzufriedenheit nicht im Mindesten; sie tragen kein Bedenken, durch ehrenvolle Rückberufung der Brandstifter und Mordgesellen der Communezeit den Mißvergnügten rachgierige Führer zu verschaffen. Das ist entweder Wahnsinn oder Schwäche (Freycinet nannte es vor wenig Monaten „ein Symptom einer weniger festen und vorsichtigen Politik") oder der Ausdruck vollen Kraftbewußtseins. Schlägt das doppelte Experiment: die Jesuiten zum Lande hinauszutreiben und gleichzeitig die Communarden ehrenvoll heimzugeleiten, nicht zum Unheil aus, dann kann man sagen: glückliches Frankreich!

Befreiungskriege, sagte Gladstone im englischen Parlamente, sind zu billigen. Leider verhielt sich der englische Premier äußerst kühl gegen den Antrag des Menschenfreundes Richard, welcher das Eintreten Englands für eine Entwaffnung in Europa verlangte. Auch darin irrte Herr Gladstone, wenn er die Bildung von Militärmonarchien als eine Thatsache rühmte, die künftig die Kriege vermindern würde. Das Gegentheil ist der Fall, und Gladstone's Aeußerung könnte man fast als grausamen Hohn auffassen. Auch sonst muß man zu dem Verhalten des „liberalen" Gladstone den Kopf schütteln. Er trieb den Despotismus im Parlamente so weit, zu beantragen, daß einem irischen Deputirten, O'Donell, welcher gegen die Sendung des „rothen Botschafters" Challemel-Lacour aus Frankreich protestirte, das Wort entzogen wurde. Das ist seit 200 Jahren nicht in England geschehen und die Engländer haben nicht Unrecht, in dieser Beschränkung der Redefreiheit einen unerhörten Eingriff in die Volksfreiheit überhaupt zu erblicken. Allgemein erscholl im Parlamente der Ruf: Tyranney! Cäsarismus! so daß Gladstone seinen schmachvollen Antrag selbst zurückzog. Warum aber empören sich die Irländer gegen die Aufnahme Challemel-Lacour's am Hofe der Königin Victoria? Die Lyoner monarchischen Zeitungen veröffentlichen über das Privatleben dieses Busenfreundes des ehemaligen „Pfeifenrauchers" Gambetta nicht sehr saubere Details. Er soll früher mehrere Namen geführt haben und als Challemel, alias Rocane, alias Lacour von dem Gerichtshof von Dijon als Mitschuldiger von Thatsachen verurtheilt worden sein, die, wie es im Urtheil hieß, „nicht blos Vergehen, sondern Verbrechen sind." Die „Politische Komödie", ein Lyoner Blatt, bietet eine Wette von 3000 Francs an, daß Gambetta diese Beschuldigungen seines Freundes nicht bestreiten werde. Challemel hat nämlich im Kriege den Befehl zur Plünderung eines Klosters gegeben und hat dafür 100,000 Frcs. Schadenersatz leisten müssen. Außerdem scheint er in der Bigamie zu leben und Cassagnac droht mit Enthüllungen in der Kammer, um die Sendung dieses „rothen Botschafters" nach London wieder rückgängig zu machen. Allerdings hat Deutschland niemals den Monsieur Challemel als Botschafter ablehnen können, weil er ihm niemals angeboten worden ist. Aber Bismarck ließ es eben nicht dazu kommen, denn als ihm der Name Challemel's als eines möglichen Botschafters Frankreichs in Berlin genannt wurde, verleidete er den Franzosen alle Lust, ihn zu präsentiren durch die verwunderte Frage: „Ah, Der? Lebt denn dieser Rothe noch? Ist er nicht schon längst erschossen?"

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 18. Juni. Gerüchte sprechen vom Rücktritte des Kultusministers v. Puttkamer, falls die Kirchendiktaturvorlage abgelehnt werden sollte. — Das Centrum hat zwei Interpellationen eingebracht. 1) betreffend Maßregeln gegen den Nothstand in Oberschlesien, 2) gegen den durch die trüben Ernteaussichten etwa entstehenden Nothstand, nämlich ob es nicht an der Zeit sei, die auf der letzten Reichstagssession in Aussicht gestellte Frage der Aufrechterhaltung der Kornzölle jetzt zu erörtern?

Berlin, 18. Juni. Bei starkbesetzten Tribünen tritt heute Mittag das Abgeordnetenhaus in die 2. Berathung der Kirchenvorlage ein. Referent Dr. Grimm leitet die Discussion ein. Bei Feststellung der Rednerliste erklärt ein halbes Dutzend Redner, die zum Wort eingetragen sind, darunter auch Reichensperger-Olpe (Centrum), unter großer Heiterkeit, daß sie gegen den Paragraph zu sprechen gewillt seien. Letzterer bemerkt: Die Regierung könne kein so großes Gewicht auf die Vorlage legen, da selbst die Freiconservativen, wenn ihre Amendements nicht angenommen werden, dagegen zu stimmen erklärt haben. Die Nationalliberalen zehrten vom Culturkampf. Man habe Furcht vor päpstlicher Weltherrschaft in einem Augenblicke, da der päpstliche Stuhl keine weltliche Herrschaft mehr habe! Gleichwohl verlange man aber von der päpstlichen Macht, daß sie das Centrum veranlasse, mit der Regierung zu gehen. Sein Standpunkt sei nicht der, daß es zum Exceß kommen müsse, ehe es gut werde. Gneist verlange Rückkehr zu den alten preußischen Traditionen, aber man könne keine Mumien ausgraben, um sie der heutigen Zeit anzupassen; heute gebe es andere Menschen, andere Bedürfnisse. Könne man denn die sociale Frage damit abthun, daß man sage: heute steht ja der vierte Stand viel besser da als vor hundert Jahren? Nein, seitdem haben sich die Bedürfnisse wesentlich verändert. In ganz anderem Grade sei dies in religiöser Beziehung der Fall. Der Abgeordnete Krecker verzweifelt nicht daran, daß sich ein Theil der Nationalliberalen doch noch für die Vorlage begeistern lassen werde. Das Gesetz sei nicht der Frieden selbst, es habe nur den Charakter von Friedenspräliminarien. Für das Centrum bleibe eigentlich gar keine Wahl als zuzustimmen; das größere Uebel seien die Maigesetze, das kleinere der vorliegende Entwurf. Man solle es doch einmal 1½ Jahr mit den diskretionären Befugnissen probiren. Der Kulturkampf sei vielfach in Unglauben ausgeartet; aber wenn das Centrum die Vorlage ablehne und klage dann über den Unglauben, habe es selbst die Verantwortung zu tragen. Redner greift dann den freikonserv. Frhr. v. Zedlitz an, der von einem nationalen Heruntergange am Schlusse der Regierung des letzten und am Beginn der Regierung des jetzigen Königs gesprochen. Ein nationaler Heruntergang habe nur in dem schmachvollen Jahre 1848 stattgefunden; damals sei aber gerade die katholische Geistlichkeit ein Hauptdamm gegen die Revolution gewesen und es sei doch wünschenswerth, daß auch in der heutigen Zeit des „Aufschwunges", der Sozialdemokratie, der Zunahme der Verbrechen ꝛc. der Friede mit der Kirche erhalten bleibe. Dr. Gneist gegen die Vorlage. Man bessere die elementarste Unterthanenpflicht; man wolle, daß in Deutschland nicht die deutschen Gesetze, sondern ein Theil der römischen gelten sollen. Jeder deutsche Kleinstaat habe das Recht, die Personen vom Kirchenamte fern zu halten, durch die er das allgemeine Wohl gefährdet glaubt; warum soll dasselbe in Preußen unerhört sein? Wolle das Centrum auf Verweigerung des Rechtes des Staates stehen bleiben, so werden die Hunderttausende, die jetzt ohne Seelsorge sind, ohne solche bleiben und die ganze Gehässigkeit dieser Operation falle auf die, welche sie hervorgerufen. Kultusminister v. Puttkamer: Die Kommissionsberathung war eigentlich pro nihilo, trotz des großen Interesses, das sie ihm geboten. Wenn Reichensperger die Vorlage eine Halbheit genannt, verstehe er sie nicht; dieselbe bedeute nichts weniger als eine Umkehr, es solle damit nur dem Bedürfniß der katholischen Bevölkerung entsprochen werden. Der Minister weist den von Reichensperger erhobenen Vorwurf: die Vorlage beabsichtige eine Korruption, energisch zurück. Wenn die Vorlage angenommen werde, so werde dieselbe auf das Loyalste ausgeführt werden; so lange er Kultusminister sei, bürge er dafür mit seiner Person als ehrlicher Mann. Wenn in einem Theil der (liberalen) Presse eine Regierung, an deren Spitze Fürst Bismarck steht, als Schwächling hingestellt worden, so könne dieser Gedanke interessant sein — aber nur durch seine Neuheit. Das Entscheidende in all den Fragen lege die Regierung nicht in das Centrum, sondern in das Bedürfniß der katholischen Mitbürger. Wohl habe er auch einen politischen Wunsch, nicht daß das Centrum plötzlich verschwinde, wohl aber allmälig verdufte. (Große Heiterkeit.) Er sage dies im Hinblick auf eine Aeußerung Reichensperger's: Schaffen Sie den Kulturkampf aus der Welt und das Centrum verschwindet. Er bittet um Annahme des § 1, um damit der Vorlage ein gutes und gesundes Fundament zu sichern. Abgeordneter Strosser hätte lieber eine durchgreifende Abänderung der Maigesetzgebung gesehen, obwohl eine solche große Schwierigkeiten biete. Er nehme aber freudig die gegenwärtige Vorlage als eine Abschlagszahlung an. Unter Puttkamer würde die Maigesetzgebung wahrscheinlich nicht zu Stande gekommen sein. Gneist wasche heute seine Hände in Unschuld, aber in seinem Klosterreferat, das er s. Z. erstattete, lag das Ei des Kulturkampfes. Der Staat sei nicht an dem heutigen kirchlichen Nothstande schuldlos. Gneist frage, ob es mit der Beendigung des Kulturkampfes so eilig sei. Wie eilig aber haben es s. Z. die Nationalliberalen mit den Maigesetzen gehabt, indem sie die Gegner durch Schlußanträge mundtodt machten. Es waren verhängnißvolle Maitage: Vancratius, Serratius und Christian! (Heiterkeit.) Christus habe seinen Jüngern nicht gesagt, daß sie erst, bevor sie lehren und die Sakramente spenden, die Erlaubniß vom römischen Kaiser einholen sollten. Man spreche immer von den unveräußerlichen Rechten des Staates, aber niemals von denen der Kirche. Virchow habe kein Verständniß für die historische Entwickelung; er beweise, daß auch ein so berühmter Mann wie er geistig farbenblind sein könne. Wenn das, was die Regierung beabsichtige, ein Weg nach Canossa sei, so möge man ihn immer einschlagen, da er nur zum Segen gereiche. Um das Geschrei in der Presse und öffentlichen Versammlungen brauche sich ein Staatsmann nicht zu kümmern. Bruel (evangelisches Centrumsmitglied) gegen die Vorlage. Schließlich wurde § 1 mit 206 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Berliner Börse vom 19. Juni. Die heutige Börse setzte über gestrige Schlußcourse ein, ermattete im Verlauf durch Begebungsordre aus den Provinzen und schloß dann wieder fest.

Lokales und Sächsisches.

— JJ. MM. der König und die Königin kamen am gestrigen Tage aus Anlaß des Jahrestages höchstderen Vermählung (18. Juni 1853) nicht, wie dies regelmäßig Montags und Freitags von Strehlen resp. Pillnitz aus zu geschehen pflegt, nach der Residenz, sondern verbrachten diesen schönen Tag, welcher dem hohen Paare noch recht oft wiederkehren möge, in aller Stille in der idyllischen Sommerresidenz Pillnitz.

— Se. K. H. Prinz Georg kam gestern von der Villa Hosterwitz aus nach der Residenz, um daselbst dienstliche Angelegenheiten, die seine Stellung als kommandirender General des Armee-Korps mit sich bringt, zu erledigen. Gegen 1 Uhr Mittags erfolgte die Rückkehr Sr. K. Hoheit nach Hosterwitz.

— Se. Excell. der Herr Premierminister v. Fabrice überreichte am Sonntage in der kaiserlichen Sommerresidenz Zarskoje-Selo in einer Partikularaudienz Sr. Majest. dem Kaiser von Rußland das Condolenzschreiben von unseres Königs Majestät.

— Am Donnerstag Abend traf hier, von Berlin kommend, S. H. Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar ein und stieg im Victoria-Hotel ab.

— Der Lokalschlachtsteuer-Einnehmer Georg Müller in Kloschwitz hat das allgemeine Ehrenzeichen und der Rechtsanwalt Hermann Canzler in Dippoldiswalde den Charakter als Justizrath in der 4. Klasse der Hofrangordnung erhalten.

— Die Nachrichten über die vielbeklagten Verheerungen durch Wolkenbrüche in der Oberlausitz sind noch nicht geschlossen. Die Zahl der Verunglückten wird jetzt bis auf 52 geschätzt; doch ist diese Ziffer eben nur eine schätzungsweise. In Nieder- und Mittelolderwitz sind nach neuester Ermittlung 5 Häuser gänzlich weggeschwemmt, 7 dergl. eingestürzt, 28 dem Einsturz nahe, 76 stark beschädigt und 52 minder beschädigt. An Nebengebäuden sind 6 weggeschwemmt, 1 dem Einsturz nahe, 2 stark beschädigt. In Mittelolderwitz sind definitiv 8 Personen er-